

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,370313,00.html>

"Economist" bejubelt deutsche Wirtschaft

So etwas gab es seit Jahren nicht mehr: Der "Economist", das einflussreichste Wirtschaftsmagazin der Welt, bejubelt den Standort Deutschland. Den Aufschwung vermasseln, so mahnt das Blatt, könnten nur noch die deutschen Politiker.



"Economist"-Titelbild: Hebt der Adler endlich ab?

Hamburg - "Deutschlands überraschende Wirtschaft" titelt der "Economist" auf seinem morgigen Cover. In der Titelgeschichte seiner internationalen Ausgabe lobt das wirtschaftsliberale Magazin die Reformen der vergangenen Jahre. Der deutsche Bundesadler, heißt es in einem Kommentar "spreizt seine Flügel".

Wenn das Leitmedium der globalen Wirtschaft eine derartige Prognose abgibt, sorgt das in der Regel für Aufsehen. Und der "Economist" spart nicht mit Lob: Deutsche Arbeitnehmer und Gewerkschaften hätten in den vergangenen Jahren ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen. Deutschlands Konzerne seien erfolgreich restrukturiert worden und hätten ihre Kosten gesenkt.

"Deutschland, lange der teuerste Wirtschaftsstandort Europas, hat in den vergangenen Jahren einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Frankreich, Italien, den Niederlanden und sogar Großbritannien aufgebaut", schreibt das Blatt. Deutschlands Lohnstückkosten, einer der wichtigsten Vergleichszahlen, seien seit Ende der neunziger Jahre um mehr als zehn Prozent gefallen.

Ebenfalls bedeutsam für die wirtschaftliche Gesundung des Landes sei, dass der über Jahre kränkelnde Bankensektor "seine Kosten und Bilanzen unter Kontrolle" gebracht habe. Das Vertrauen deutscher Manager in die eigene Wirtschaft steige in Folge der verbesserten Aussichten wieder.

Lob für die Agenda 2010

Positiv beurteilt der "Economist" die Sozialreformen der rot-grünen Regierung (Agenda 2010). Vor allem die umstrittene Hartz-IV-Reform habe dazu geführt, dass für 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose "weniger kuschelig" zugehe. Zudem hätten die verschärften Bedingungen die Angst deutscher Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Jobs erhöht. "Das hat die Verhandlungsposition der Firmen bei neuen Tarifabschlüssen gestärkt und die Macht der Gewerkschaften geschmälert."

Sobald die schwache Nachfrage in Deutschland anspringe, könne die Wirtschaft zu alter Stärke zurückfinden. Das daniederliegende Verbrauchervertrauen sei zurzeit der größte konjunkturelle Hemmfaktor. Zunichte gemacht werden könne der sich abzeichnende Aufschwung allenfalls noch von der Politik.

Das Blatt kritisiert die Pläne von Kanzlerkandidatin Angela Merkel (CDU), die Mehrwertsteuer nach der Wahl um zwei Prozentpunkte zu erhöhen. "Deutschlands öffentliche Finanzen sehen grässlich aus, doch es ist zu früh, von Steuererhöhungen als Problemlösung zu reden. Unternehmens- und Einkommenssteuer müssen gesenkt und nicht angehoben werden."